

A. Brost,

An den
Rat der Stadt Wuppertal
Johannes-Rau-Platz 1
42275 Wuppertal

Wuppertal, den 28.4.2023

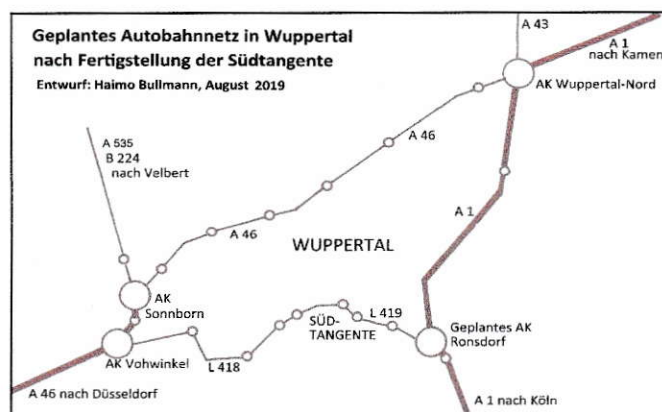
Antrag gemäß § 24 Abs. 1 der Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen zum Ausbau der L419

Sehr geehrte Damen und Herren,

gemäß § 24 Abs. 1 der Gemeindeordnung NRW beantrage ich hiermit, dass der Rat der Stadt Wuppertal den bestehenden Ratsbeschluss zum Ausbau der L 419 aufhebt und beim Verkehrsministerium sowie bei der Bezirksregierung Düsseldorf einen Stopp des Planfeststellungsverfahrens erwirkt.

Die Antragstellung ergibt sich u.a. aus folgenden Gründen:

Nach der in nichtöffentlicher Sitzung im Oktober 2021 erfolgten Erörterung des Planentwurfs vom Landesbetrieb Straßenbau NRW (Straßen.NRW) zum Ausbau des sog. 1. Bauabschnitts der L 419 in Höhe von Ronsdorf ist in Kürze mit dem Planfeststellungsbeschluss durch die Bezirksregierung in Düsseldorf zu rechnen. Nach dessen Fertigstellung beabsichtigt der Bund zu einem noch unbestimmten Zeitpunkt, Straßen.NRW mit der Planung des sog. 2. Bauabschnitts zu beauftragen, um die dann durchgängig vierspurig vom Sonnenborner Kreuz bis Ronsdorf neu geschaffene autobahnähnliche Trasse über ein noch zu bauendes Autobahnkreuz an die A 1 anzuschließen. Nach Fertigstellung des Bauvorhabens ist die Hochstufung des gesamten Streckenverlaufs vom Sonnenborner Kreuz über die L 418 bis zur Anschlussstelle Ronsdorf in eine Bundesfernstraße mit dem unzweideutigen Zweck geplant, parallel zur längs durch das Stadtgebiet verlaufenden A 46 zwei Autobahnen von kontinentaler Bedeutung durch eine weitere Autobahn längs durch das Stadtgebiet zu verbinden. Nachfolgende Skizze dient der Veranschaulichung des Dargelegten:



Wie bereits angeführt, fand der Erörterungstermin weitgehend unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. Die dennoch von Bürgerseite und Einrichtungen der Zivilgesellschaft eingegangenen über 300 Einwendungen wurden im Vorfeld von der Bezirksregierung synoptisch erfasst und bis auf marginale Änderungen am bestehenden Planentwurf als gegenstandslos abgetan. Ausdrücklich nicht zugelassen wurde die Erörterung des Gesamtprojektes, obwohl der zur Erörterung stehende Bauabschnitt nur im Zusammenhang mit der A 46, deren gegenwärtige Ertüchtigung sowie der "Südtangente" vom Sonnborner Kreuz bis zur A 1 gesehen und in seinen Auswirkungen auf Mensch, Umwelt und Klima erfasst und beurteilt werden kann. Es ist u.a. aus diesem Grund durchaus nicht übertrieben, den voluminös und mit großem Aufwand betriebenen Erläuterungstermin als eine lediglich inszenierte Beteiligung zu verstehen, um den formalen gesetzlichen Vorgaben zu genügen.

Für die Bürgerinnen und Bürger, für die Stadtentwicklung, die Umwelt und das Klima hat das Gesamtbauprojekt, das blind gegenüber den Notwendigkeiten der heutigen Zeit die automobilen Zukunftsideale einer seit mehr als 40 Jahren vergangenen Zeitepoche krönt, sehr negative Folgen. Das Verkehrsaufkommen wird sich insbesondere beim überregionalen Schwerlastverkehr rasant erhöhen, die durch den Verkehr verursachten Lärm- und Schadstoffemissionen werden steigen, große Flächen werden der Versiegelung zum Opfer fallen, ein zusammenhängender Wald mit einem überwiegend einhundertjährigen Baumbestand gefällt werden müssen, das Hochwasserrisiko für Ronsdorf wird steigen, um an dieser Stelle nur einige der zu erwartenden Schäden zu benennen, sollte das ungenügend geplante Projekt in dem noch verbleibenden engen Zeitkorridor nicht noch zum Stoppen gebracht werden.

Nach jahrelangen Bemühungen der Zivilgesellschaft, die Folgen dieses Bauvorhabens in das öffentliche Bewusstsein zu heben und die politischen Repräsentationsorgane auf Bundes- Landes- und kommunaler Ebene zu sensibilisieren, haben sich aktuell u.a. die Bezirksvertretung Ronsdorf sowie die SPD-Ortsgruppe Ronsdorf gegen das Bauprojekt positioniert und den Rat ersucht, seine vor Jahren per Mehrheitsbeschluss gegebene Zustimmung zu revidieren und beim Bund und beim Land entsprechend vorstellig zu werden. Es ist höchste Zeit, das Land und den Bund aufzufordern, die beiden geplanten Bauvorhaben als das anzuerkennen, was sie de facto sind: zwei in einer Serie von Teilbauprojekten abschließende Maßnahmen, um als Tribut an den überregionalen Fernverkehr eine weitere, das Stadtgebiet in seiner vollen Länge von Sonnborn bis Ronsdorf durchquerende Fernstraßenverbindung auf Autobahnniveau zu schaffen. Dabei wurde noch nicht einmal erwogen, den Gesamtverlauf dieser Trasse vom Sonnborner Kreuz bis zum Anschluss Ronsdorf nach den Richtlinien für Bundesfernstraßen und Autobahnen zu planen, worunter insbesondere der Wuppertaler Westen und das Wohngebiet Boltenberg zu leiden haben, ein Gebiet, das seit Jahren einer unerträglichen Lärmbelastung ausgesetzt ist.

Zu einer weiteren Problemeskalation darf es nicht kommen. Ich sehe den Rat der Stadt Wuppertal in der Pflicht, das Bauvorhaben mit dem Ziel zu stoppen, seine Bürgerinnen und Bürger zu schützen und zu verhindern, dass der Stadtentwicklung, der Umwelt und dem Klima erneut über Jahrzehnte unrevidierbare Schäden zugefügt werden. Alternativ soll die Stadt sich für eine minimalinvasive Lösung der Verkehrsprobleme in Ronsdorf einsetzen, die tatsächlich dem Stadtbezirk zugute kommt, statt ihn noch weiter zu belasten. Ferner muss das Land in die Pflicht genommen werden, seine bislang zwar zugesagten, aber bis zum heutigen Tag nicht eingehaltenen Versprechungen, für einen adäquaten Lärmschutz entlang der L 418 zu sorgen, endlich in die Tat umzusetzen.

Mit freundlichen Grüßen

